Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortliches Redaktionsmitglied Dr. phil. Arnold. Druck u. Verlag: Auer Deutsche Verlagsgesellschaft m. b. H. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerserzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 82.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.60 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 13.50 Mark, monatlich 4.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 300 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich geschrieben ist.

Nr. 19. Montag, den 24 Januar 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Entwurf eines neuen Post- und Telegraphengebührengesetzes sieht bedeutend erhöhte Gebührensätze vor.

•

Die Hoffnung auf eine Einigung in der Entschädigungsfrage soll gestiegen sein.

•

Staatssekretär Bergmann erklärte, die Meldung des Echo de Paris, er sei mit Jahreszahlungen in Höhe von zwei Milliarden einverstanden, treffe nicht zu.

•

Auf weitere Brüsseler Fragen wird von der deutschen Regierung mitgeteilt, daß die deutsche Handelsbilanz im ersten Halbjahr 1920 einen Passivsaldo von 35 Milliarden Papiermark aufgewiesen habe.

Staatssekretär Bergmann über den deutschen Standpunkt

Für die Festsetzung einer Gesamtsumme.

Staatssekretär Bergmann hat in Paris dem Vertreter des Soir erklärt, daß der deutsche Standpunkt sich eher in der Richtung nach einer Gesamtsumme als auf die Festlegung einiger Jahreszahlungen hin bewegt, ohne Sicherheit über die Zukunft. Die gänzliche Unsicherheit erschwere den Wiederaufbau auf beiden Seiten. Deutschland, sagte der Staatssekretär, ist bereit, über jeden Vorschlag, den man ihm machte, zu diskutieren, hat aber noch keine bestimmten Angebote machen können, weil die Alliierten-Sachverständigen bis jetzt noch keine bestimmten oder kategorischen Ansichten in dieser Beziehung geäußert haben. Deutschland versteht nicht, daß man von ihm Zahlungen durch 42 Jahre verlangt. Zahlungen in Gold kann Deutschland gegenwärtig nicht machen, dagegen besitzt es Kohle, und die Alliierten wissen selbst, daß 2 Millionen Tonnen Kohlen gleichbedeutend mit einer Milliarde Goldmark sind. Die Arbeit der Sachverständigen ist sehr nützlich und sogar unentbehrlich, denn eine Sachverständigenkonferenz, die vor der Versammlung der Regierungschefs in Genf stattfindet, ist ein glänzendes Mittel, um zur Einigung zu kommen. Die Schwierigkeit liegt aber darin, daß der Friedensvertrag eine Wiedergutmachungskommission eingesetzt hat, der alle Alliierten zustimmten, während wir glauben, daß es richtiger ist, zu einer direkten Verständigung mit unseren Gläubigern, vor allem Frankreich, zu kommen. Wir können uns schneller mit England, Belgien und Italien verständigen, aber wir wollen, daß die Hauptverständigung mit Frankreich geschaffen wird. Ganz Deutschland erkennt an, daß Frankreich am meisten gelitten hat. Warum läßt man uns nicht in kürzester Frist 100 000 Häuser in den verwüsteten Gebieten Frankreichs aufbauen? Das ist nützlicher und notwendiger als alle Vereinbarungen, die man treffen könnte. Aber Frankreich will nicht zugeben, daß Deutschland kein Geld hat. Ganz Deutschland wünscht eine Verständigung in diesem Sinne. Die Festsetzung einer Gesamtsumme wäre von höchstem Nutzen für die ganze Lage. Deutschland hat 3 bis 5 Jahre für seinen wirtschaftlichen Ausbau notwendig. Wenn Deutschland seine Verpflichtungen kennt, kann es mit Amerika sprechen. — Bergmann schloß mit dem Hinweis, daß eine Verständigung mit Frankreich, eine Verständigung mit dem übrigen Alliierten in sich schließen würde, da diese dann nicht mehr kompliziert wäre.

Die neuen Postgebühren.

Im Reichspostministerium wurde Freitag und Sonnabend mit dessen Verkehrsbeirat unter dem Vorsitz des Reichspostministers der notwendig gewordene vorläufige Entwurf eines neuen Post- und Telegraphengebührengesetzes durchberaten. Nach diesem dem Reichsrat und dem Reichstag vorzulegenden Entwurf beabsichtigt der Reichspostminister u. a., folgende neue Gebührensätze vorzuschlagen:

Für Briefe bis 20 Gramm 60 Pf., über 20 bis 250 Gramm 1.20 Mark

für Postkarten 40 Pf.,

für Drucksachen bis 50 Gramm 20 Pf., über 50—100 Gramm 40 Pf., über 100—250 Gramm 60 Pf. über 250—500 Gramm 80 Pf., über 500—1000 Gramm 1 Mark,

für Geschäftspapiere ebenso wie für Mischsendungen bis 250 Gramm 60 Pf., über 250 bis 500 Gramm 80 Pf., über 500—1000 Gramm 1 Mark,

für Warenproben bis 250 Gramm 60 Pf., über 250 bis 500 Gramm 80 Pf.,

für Päckchen bis 1 Kilogramm 2 Mark,

für Pakete in der Nahzone bis 5 Kilogramm 3 Mk., über 5—10 Kilogramm 6 Mark, über 10—15 Kilogramm 12 Mark, über 15—20 Kilogramm 18 Mark, in der Fernzone dementsprechend 4. 8 16 und 24 Mark.

Beabsichtigt ist ferner die Einführung einer Mindestjahresgebühr im Rettungsversand von 1.80 Mark für die Jahresnummer, sowie die künftige Erstattung der der Post, wenn sie die Verpackung der Zeitungen an Stelle des Verlegers besorgt, hieraus erwachsenden Selbstkosten. Auch die übrigen Gebühren erfahren eine erhebliche Erhöhung, so Postschecks von 15 bis auf 30 Pf. Die Wortgebühr für Telegramme soll künftig betragen bei gewöhnlichen Telegrammen 30 Pf, mindestens 3 Mark, bei Pressetelegrammen die Hälfte dieser Sätze.

Die neue Post- und Telegraphengebührenvorlage beabsichtigt, das große und durch die vom Reichstag genehmigten neuen Personalausgaben noch gesteigerte Defizit der Reichspostverwaltung zu verringern, welches für 1920 mit einem Solldefizit von 2,9 Milliarden Mark abschließt. Dieses Defizit wird sich nach den bisherigen Rechnungsergebnissen voraussichtlich auf 3½ Milliarden Mark erhöhen. Für 1921 wird es sich auf 4 Milliarden Mark stellen. Durch die neue Gebührenvorlage sollen 2 Milliarden Mark Mehreinnahme erzielt werden, um so das Mögliche zu erreichen, da sich das ganze Defizit nicht decken ließ. Eine Verringerung der Betriebsausgaben durch Einschränkung des Personals, sowie durch Vereinfachung der Organisation der Verwaltung ist teilweise durchgeführt und wird weiter betrieben. Außerordentliche Ersparnisse lassen sich auf diesem Gebiete aber nicht erreichen. Wenngleich der Personalbestand den früheren nicht unerheblich übersteigen wird, ist der Sprung von 10 Arbeitsstunden vor dem Krieg auf deren 8 so erheblich, daß er sich auch bei intensiven Leistungen nur durch eine entsprechende Mehreinstellung von Personal ausgleichen läßt. Die gesamte Organisation der Reichspostverwaltung ist bereits nach Möglichkeit vereinfacht, es wird auf diesem Gebiete aber nachhaltig weiter gearbeitet. Durch Ersparnisse werden noch einige hundert Millionen Mk. voraussichtlich gewonnen werden können, das Defizit von 4 Milliarden Mark in der Hauptsache auf diesem Wege zu beseitigen, ist jedoch unmöglich. Als einziges Mittel, den Stand des Haushaltes wenigstens teilweise zu verbessern, bietet sich daher nur eine weitere Erhöhung der Gebührensätze.

Abbau der Einkommensteuer?

Eine Berliner Korrespondenz verbreitet die Meldung, daß man sich im Reichsfinanzministerium mit dem Gedanken trage, eine Einschränkung der Einkommensteuer zugunsten der kleinen Einkommen vorzunehmen. Hierzu erfahren die Leipziger Neuesten Nachrichten von unterrichteter Seite: Man ist zurzeit tatsächlich im Reichsfinanzministerium an der Arbeit, insofern Einschränkungen in der Einkommensteuer eintreten zu lassen, als die kleineren Einkommen, d. h. die der Festangestellten, der Arbeiter und des unbemittelten Mittelstandes nach Möglichkeit entlastet werden sollen. Da die vorbereitenden Arbeiten schwieriger und umfangreicher Natur sind, auch Ungerechtigkeiten vermieden werden müssen, ebenso die allgemeine Finanzlage des Reiches in Betracht zu ziehen ist, so dürfte doch eine gewisse Zeit vergehen, bis der fertig ausgearbeitete Entwurf dem Reichskabinett zur weiteren Beschlußfassung zugeht und von dort aus dem Reichstag zur Beratung vorgelegt werden kann. Immerhin zeigt dieses Bestreben im Reichsfinanzministerium, daß man gewillt ist, der immer mehr zunehmenden Entwertung des Geldes Rechnung zu tragen.

Zur Einkommensteuer-Novelle sind von dem Mitglied des Reichswirtschaftsrates Dr. Gernandt folgende Anträge gestellt worden:

1. Der steuerfreie Einkommensteil nach § 20 Abs. 2 wird grundsätzlich (nicht nur für die Rechnungsjahre 1920/21) für jede zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Person von 500 auf 1000 Mark erhöht.

2. Das im § 20 festgesetzte Existenzminimum muß grundsätzlich steuerfrei bleiben und darf weder einer Landessteuer noch einer Kommunalsteuer unterworfen werden.

3. Dem § 9 des Einkommensteuergesetzes ist folgender Absatz anzufügen: Steuerfrei bleiben auch alle besonderen Entlohnungen für Arbeiten, die über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistet werden. (Ueberstunden, Ueberschichten usw.)

Neue Enthüllungen über die Rote Armee im Westen.

Auf Grund des bei den Durchsuchungen nach dem Bestehen einer Roten Armee am 19. d. M. in Essen, Düsseldorf, Elberfeld und Lünen bei Dortmund gefundenen Beweismaterials und der Geständnisse einzelner Festgenommenen ist, soweit die Ermittelungen bisher ergeben haben, als feststehend zu erachten, daß in Berlin eine militärische Leitung der Roten Armee besteht, die von der politischen K.P.D. ins Leben gerufen ist und die übergeordnete Stelle für mehrere Kommandobehörden bildet. Eine dieser Kommandobehörden befindet sich in Essen. Unter ihr stehen vier Bezirksleitungen, nämlich in Essen Remscheid, Bielefeld und Kassel, die die Kommandostellen für die entsprechenden örtlichen Bezirke sind. Der Bezirk Essen ist seinerseits in drei Unterbezirke, Essen, Hamborn und Dortmund, gegliedert. Die Unterbezirke zerfallen in Kreise mit Kreisstädten, die Kreise in örtliche Organisationen mit Ortsstäben.

An der Gesamtorganisation ist seit Anfang Dezember 1920 in besonders verstärkter Weise gearbeitet worden. Die Organisation hat durchaus militärischen Charakter. Die Rote Armee wird unmittelbar von der K.P.D. organisiert. Die K.P.D. betrachtet sich gewissermaßen als ein Staat im kleinen mit Ressorts, wie Finanzwesen, Arbeitswesen, Zivilorganisationen, Militärwesen usw. Das Militärwesen teilt sich in die militärische Propaganda und die Militärabteilung. In der Militärabteilung sind eine Reihe von Akten aufgefunden worden, die sich auf die militärische Organisation beziehen. Außerdem wurde eine überaus große Anzahl von Mobilmachungsplänen, Stempeln roter Formationen, stenographischen Berichten über militärische Sitzungen, Nachrichten über Stärke des inneren Gegners, der als Feind bezeichnet wird, Meldungen der Unterführer an die Oberführer über die Zahl der Waffen der Orts- und Kreisbehörden, über Waffenlager usw. gefunden. Nach dem vorgefundenen Beweismaterial sind leichte und schwere Waffen, sowie sonstiges Kriegsgerät in erheblicher Menge vorhanden. Aus einer Niederschrift ist zu erkennen, daß die bewaffnete Aktion im Anschluß an den Hamborner Streik der Hüttenarbeiter, der zum Generalstreik propagiert werden sollte, geplant war. Auf Anweisung der Berliner Zentralleitung sollte indessen die geplante Aktion um vorläufig 14 Tage verschoben werden, weil eine Gesamtaktion im ganzen Reich zurzeit noch nicht für möglich gehalten wurde.

•

Deutsche Millionenunterstützung für Lenin?

Der kommunistische Abgeordnete Düwell hat an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet: Der Reichstagsabgeordnete Eduard Bernstein hat im Vorwärts erklärt, Beweise dafür zu besitzen, daß die deutsche Reichsregierung während des letzten Krieges die russischen Politiker Lenin, Trotzki und andere mit etwa 50 Millionen Mark unterstützt oder doch ihre Unterstützung durch die deutschen Militärbehörden zugelassen habe. Ist der Reichsregierung diese Behauptung des Abgeordneten Bernstein bekannt? Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um durch Nachprüfung der Angaben des Abgeordneten Bernstein Licht in die von ihm behauptete Korruptionsaffäre zu bringen?

Lebensmitteleinfuhr und Valuta.

Die Brotversorgung über April hinaus gesichert.

Es sind in den letzten Tagen in Berlin Gerüchte aufgetaucht, die Reichsregierung habe kurz vor dem erfreulichen Ansteigen der Mark im Ausland große Getreidekäufe in Amerika getätigt und bedaure teurer aufgekauft zu haben, als dies jetzt nötig wäre. Nach Erkundigungen an zuständiger Stelle ist der Sachverhalt folgender: Die Reichsregierung kann den Zeitpunkt des Getreidekaufes nicht wie irgendein privater Getreidehändler von dem Augenblick der günstigen Preisgestaltung abhängig machen; sie ist vielmehr gezwungen, die Ernährung der Gesamtbevölkerung sicher zu stellen und muß hierbei auch die Lage auf dem Frachtenmarkt und die Möglichkeit der Lagerung entsprechender Getreidemengen berücksichtigen. Das Reichsernährungsministerium hat infolgedessen in den letzten Monaten in vorsichtiger Weise größere Getreidemengen in Amerika angekauft, so daß heute schon mitgeteilt werden kann, daß bis einschließlich April auf keinen Fall eine Verschlechterung des Brotes oder gar eine Verringerung der Brotration nötig sein wird. Jetzt nimmt das Reichsernährungsministerium die günstige Valuta zusammen mit dem günstigen Getreidepreise in Amerika wahr und hat nicht verfehlt, die nötigen Anweisungen für weitere Hereinnahme von Getreide zu erteilen, so daß auch über den April hinaus mit größter Wahrscheinlichkeit auf eine Brotbelieferung in der bisherigen Zusammensetzung gerechnet werden kann. Neben Brotgetreide hat die Regierung außerdem regelmäßige Käufe in Mais usw. getätigt, während die Ankäufe von kondensierter Milch und anderen Produkten fast gänzlich aufgehört haben, da diese Waren allmählich vollkommen freigegeben werden. Für den größten Teil der Lebensmitteleinfuhr außer Brotgetreide besteht nur noch ein Einfuhrgenehmigungszwang in der Richtung, daß die Einfuhren angemeldet werden müssen, um eine Kontingentüberschreitung des einmal festgesetzten Gesamteinfuhrkontingents zu vermeiden. Aber auch diese Maßnahme wird in absehbarer Zeit nicht mehr notwendig sein, da sich von Tag zu Tag mehr herausstellt, daß die hohe Preislage der einzuführenden Waren im Zusammenhang mit dem großen Risiko, das die einzelnen Einfuhrhändler bei dem Einkauf eingehen, an sich schon eine genügende Hemmung gegenüber zu großen und damit den deutschen Valutamarkt zu schwer belastenden Einkäufen ist. Es ist deshalb schon jetzt vorauszusehen, daß die Begrenzung der Einfuhrkontingente allmählich wegfällt. Auf der anderen Seite ist die Reichsregie-